Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1869

20.1.1869 (No. 16)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 20. Januar.

Nr. 16. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. **1869.**

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mit höchster Entschließung vom 15. Jan. d. J. gnädigst geruht,

den Präsidenten Ziegler bei dem katholischen Oberstiftungsrath auf sein unterthänigstes Ansuchen, unter Anerkennung seiner langjährigen und treu geleisteten Dienste, in den Ruhestand zu versetzen,

den außerordentlichen Professor Dr. Friedrich Kössing in der theologischen Fakultät der Universität Freiburg zum ordentlichen Professor der ihm seither übertragenen Fächer der Moral und der theologischen Encyklopädie daselbst zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† **Konstantinopel,** 18. Jan. Die Pforte hat ihrem Bevollmächtigten bei der Konferenz, Djemil-Pascha, telegraphisch die Weisung ertheilt, das Konferenzprotokoll zu unterzeichnen. Man glaubt, Griechenland werde gleichfalls beitreten.

† **London,** 19. Jan. Gutem Vernehmen nach erörtert das Konferenzprotokoll nicht die Veranlassung des Konflikts, sondern erklärt die Begünstigung des Aufstandes, die Beschützung der Blokadebrecher und die geheime Unterstützung der Freischaren für völkerrechtswidrig. Diese Erklärung wird in einer Kollektivnote Griechenland nach erfolgter Zustimmung der Türkei überreicht. Letztere wird ersucht, das Ultimatum zurückzuziehen.

Deutschland.

Karlsruhe, 19. Jan. Das heute erschienene „Gesetzes- und Verordnungsblatt für das Großherzogthum Baden" Nr. 1 enthält Bekanntmachungen des Großh. Ministeriums des Innern: a) Die Statuten für die Großh. Blinden-Erziehungsanstalt in Ilvesheim und für die Großh. Taubstummenanstalt in Meersburg betreffend. b) Die Statuten der Leihhausanstalt in Konstanz betreffend.

○ **Stuttgart,** 18. Jan. Der Rest des auf dem Landtag von 1867/68 von den Ständen verwilligten Eisenbahn-Anlehens soll, so viel ich höre, in diesen Tagen im Betrag von 23 Millionen begeben werden. Dasselbe ist wie die seitherigen Anlehen dieser Art mit 4½ Prozent verzinslich und der Emissionskurs soll 92⅞ sein. Daß eine so bedeutende Summe auf einmal aufgenommen wird, ist zwar neu, scheint jedoch darin begründet, daß die Regierung den Bahnbau, soweit solcher mit den Ständen verabschiedet ist, so rasch als möglich fördern und zur Ausführung bringen will, wie denn ja auch in diesem Jahr allein 69 geographische Stunden Eisenbahnen dem Betrieb übergeben werden sollen, die größte Zahl von Meilen, die seit der am 22. Okt. 1845 geschehenen Eröffnung der kleinen Cannstatt-Untertürkheimer Strecke, der ersten in Württemberg, in einem Jahre dem Betrieb übergeben wurden. Die Regierung soll ferner beabsichtigen, nach dem gegenwärtigen Landtag einen Gesetzentwurf über den Bau weiterer Eisenbahnen vorzulegen, welcher bereits in der Ausarbeitung begriffen ist. Die Staatsschuld Württembergs betrug zwar nach dem letzten Ausweis im ständischen Rechenschaftsbericht vom 4. Dez. 1868 132,405,520 fl. und nach Negoziirung dieses neuen Anlehens über 155 Millionen. Da indeß mehr als ⅞ dieser Schuld auf den Bau der Eisenbahnen verwendet wurden, die bis jetzt mehr als den Zins von 4½ Prozent ertragen, also dem Staat zur Zeit noch eine Rente abwerfen, so hat diese Schuld in keiner Weise etwas Beunruhigendes, um so weniger, als die Eisenbahn nicht blos den Werth der Schuld vollkommen repräsentirt, sondern auch noch für mehr als den Betrag der Staatsschuld ertragsfähige sonstige Staatsdomänen, als Waldungen, Salinen, Bergwerke u. s. w., vorhanden sind.

München, 18. Jan. Der belgische Gesandte am hiesigen Hof, van der Straaten, welcher von München abberufen wurde, hat vom König von Bayern das Großkreuz des Michaels-Ordens erhalten.

Leipzig, 17. Jan. (Nürnb. Korr.) Der Landtag von Sachsen-Meiningen hat eine neue Anleihe von 600,000 Thalern bewilligt. Nach Effektuirung derselben beträgt die Landesschuld 4,190,524 fl.; 23 fl. 20.2 auf den Kopf. In Preußen kommen 24 fl. 56.2, in Sachsen-Weimar 25 fl. 15.2 auf den Kopf.

Schwerin, 16. Jan. (Hamb. Nachr.) Die „Mecklenb. Anzeigen" melden offiziös, daß das Ministerium des Innern von dem Rostocker Rath einen Bericht über den dortigen Handelsverein und dessen Tendenzen eingefordert habe. Veranlaßt wurde diese Berichteinforderung durch die Aufforderung des Handelsvereins an den Landtag, daß derselbe in keine Steuerreform eingehen möge, bevor nicht von der Regierung das Budgetsystem angenommen und das wirkliche Bedürfniß nachgewiesen sei. Von einer Kriminaluntersuchung gegen den Verein ist nicht die Rede.

Hamburg, 17. Jan., Nachm. Nach telegraphischen Meldungen der „Hamb. Börs.-Halle" aus Havanna vom 16. d. hat die dortige Handelsbank (Banco de comercio) und aus Montevideo vom 14. Dez. v. J. die dortige italienische Bank ihre Zahlungen suspendirt.

▱ **Berlin,** 18. Jan. Gestern Abend trafen der Prinz und die Frau Prinzessin von Wales über Hamburg aus Kopenhagen hier ein. Höchstdieselben wurden bei ihrer Ankunft auf dem Hamburger Bahnhof von dem Kronprinzen und der Frau Kronprinzessin empfangen und später in ihrer Wohnung im kronprinzlichen Palais von den Königl. Majestäten begrüßt. Heute Vormittag statteten die erlauchten Gäste dem König und der Königin einen Besuch ab. Darauf vereinigte der König die Ritter und Würdenträger des Schwarzen-Adler-Ordens im Schloß zu einem Kapitel, an welchem auch der Prinz von Wales Theil nahm. Heute Nachmittag war zu Ehren der hohen Gäste bei den Königl. Majestäten im Palais größere Tafel. Zu derselben hatten u. A. die Botschafter von England und Frankreich mit ihren Gemahlinnen Einladungen erhalten.

Dem Vernehmen nach ist durch Königl. Ordre bestimmt worden, daß die „Kapitäne zur See" den Rang der Obersten haben sollen. Bisher hatten sie den Oberstleutnants-Rang. — Heute Mittag trat das Staatsministerium zu einer Berathung zusammen. Der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, war daran nicht betheiligt. Derselbe muß des strengen Wetters wegen noch das Haus hüten, schreitet aber regelmäßig in seiner Genesung vor. Auch hielt er heute bereits eine Konferenz mit seinen Räthen ab. Zu den in dieser Woche stattfindenden Besprechungen über den Entwurf einer neuen Kreisordnung sind Mitglieder aller Fraktionen des Abgeordnetenhauses eingeladen. — Mehrere Blätter verbreiten das Gerücht: es seien Verhandlungen im Gang über einen Austausch der Stadt Altona gegen die Hamburgischen Gebiete von Cuxhafen und Ritzebüttel. Dies Gerücht wird in hiesigen politischen Kreisen als grundlos bezeichnet.

In Bezug auf die Einrichtung des mit dem 1. Febr. d. J. ins Leben tretenden Postanweisungs-Verkehrs zwischen dem Norddeutschen Bund und den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist u. A. bestimmt worden, daß Zahlungen bis zum Betrag von 50 Thlrn. oder 87½ Gulden süddeutscher Währung nach allen Orten der Ver. Staaten im Weg der Postanweisung gerichtet werden können. Die Einzahlung erfolgt bei den norddeutschen Postanstalten auf ein gewöhnliches Anweisungsformular mit Angabe des Betrags in Dollars-Goldwährung. Die Gesammtgebühr beträgt bei Einzahlungen bis zu 25 Thlr.: 6 Sgr. oder 21 Kreuzer; für solche über 25 bis 50 Thlr.: 12 Sgr. Die Gebühr ist stets vom Einzahler zu entrichten. In den Coupon der Postanweisung hat der Absender nur seinen Namen und Wohnort zu schreiben. Die Auszahlung erfolgt in Amerika durch Agenten des Norddeutschen Lloyd. Diese senden an die Empfänger briefliche Benachrichtigungen, welche angeben: 1) den Betrag der zu erhaltenden Auszahlungen; 2) den Post-Aufgabeort der Einzahlung; 3) den Namen und Wohnort des auszahlenden Agenten. Die Empfänger müssen sich legitimiren, weßhalb es gut ist, wenn sie durch die Absender brieflich von der erfolgten Einzahlung unterrichtet werden. Den Absendern wird die richtige Auszahlung der eingezahlten Beträge gewährleistet, abgesehen von den durch Krieg oder unabwendbare Naturereignisse herbeigeführten Verlusten. Die Agenten des Lloyd vermitteln auch Geldsendungen aus Amerika, indem sie die dort eingezahlten Beträge an das Oberpostamt in Bremen überweisen. Dies Amt läßt dann das gewöhnliche Post-Anweisungsverfahren eintreten.

Oesterreichische Monarchie.

Pesth, 18. Jan. Szemere, welcher im J. 1848 Minister des Innern und 1849 Ministerpräsident war, ist heute Vormittag gestorben.

Fiume, 19. Jan. Die ungarische Partei verlangt die Abberufung des Königl. Kommissärs Cseh.

Rumänien.

Bukarest, 16. Jan. Ungeachtet der sehr lebhaften Opposition der Linken ist das Ministerium ermächtigt worden, in das Budget für 1869 den Jahresbetrag aufzunehmen, welcher die Garantie für die Eisenbahn Czernowitz-Jassy repräsentirt, falls diese Linie dem Verkehr schon im Jahr 1869 statt im Jahr 1870 übergeben würde.

Bukarest, 16. Jan. Der „Romanul" versichert, daß 20,000 Mann in der Bukowina zusammengezogen werden, und große Truppenzüge auf der neuen Eisenbahn Arad-Vinez nach Siebenbürgen stattfinden.

Schweiz.

Bern, 15. Jan. (K. Z.) Gestern hat der Große Rath des Kantons Aargau in erster Berathung sich ebenfalls mit

---

△ Helenen's Rache.

(Fortsetzung aus Nr. 13.)

Den andern Morgen war Eugen's erstes Geschäft, seinen Eltern zu schreiben; nach einer ruhelosen Nacht, wie sie gewöhnlich solchen Gemüthsbewegungen zu folgen pflegt, faßte er den Entschluß, der Ungewißheit so schnell als möglich ein Ende zu machen und seinen Eltern Alles mitzutheilen. Diese waren nebst seinen beiden Schwestern nach Karlsbad gereist, wo der Minister seine angegriffene Gesundheit zu stärken gedachte, also konnte beinahe eine Woche verfließen, ehe er Antwort erhielt. Eugen schrieb zwei Briefe; in dem, welcher an seine Mutter gerichtet war, machte er eine eingehende Beschreibung seiner geliebten Braut, er schilderte ihr das offene, ehrliche Gemüth derselben, ihre geistigen und körperlichen Vorzüge, und sprach die Ueberzeugung aus, daß sie die geliebteste Tochter seiner theuren Mutter werden würde, und er bat Letztere inständig, wenn es nöthig sein sollte, sich bei dem Vater für seine Wahl, von welcher er niemals lassen würde, zu verwenden.

Seinem Vater schrieb er, daß es ihm gelungen sei, das Mädchen zu erringen, welches unter allen auf Erden am besten für ihn passe, und nichts fehle zu seiner Glückseligkeit, als seines theuren Vaters Segen, welcher, wenn er Helenen sehen und kennen würde, seine Wahl sicher billige; sie sei, wenn auch nicht aus adeliger, doch von sehr guter Familie. Was ihr Vermögen betreffe, so wisse er nicht, ob sie solches habe, glaube es auch nicht, da aber sein Vater reich sei, so würde dies kein Hinderniß sein können, da er vollkommen mit Dem auskommen würde, was er bis jetzt gehabt und im jugendlichen Uebermuthe verschwendet habe.

Eugen Barnow's Stimmung wäre keine so heitere gewesen, wie sie die nächste Woche war, wenn er den Eindruck seines Briefes hätte selbst wahrnehmeg können, er aber dachte nur an das Glück, um Helenen zu sein und den Glanz ihrer Augen, die Lieblichkeit ihrer Bewegungen zu bewundern, er lauschte auf ihre Worte und fragte sich stets von neuem, ob sie im Ernste oder scherzend anziehender genannt werden könne, kurz Eugen war ganz in die sinnlose beglückende Thorheit zerfallen, welche unser Leben für eine kurze Zeit zum Paradiese machen kann. Dann kam sein Anstellungsdekret; er hätte einen, zwar noch niederen Posten im Ministerium erhalten, welcher ihn aber zu den höchsten Stellen führen konnte, und so traurig ihn der Gedanke an die nahe Abreise machte, so beruhigte ihn doch das Gefühl, daß Helene unter allen Umständen die Seine bleiben werde. So kam die Stunde des Abschieds heran und sie beschlossen, dieselbe im Hause ihrer Eltern zuzubringen; es war ein heiterer Abend trotz der drohenden Trennung. Barnow sah mit dem glücklichen Uebermuth der Jugend und der Zuversicht eines verwöhnten Sohnes sorglos in die Zukunft, Helene hatte mit dem Vertrauen eines edlen reinen Herzens ihr Glück in des Geliebten Hand gegeben, Mißtrauen, Eifersucht, Zweifel, alle diese Eigenschaften gewöhnlicher Naturen, waren ihr vollkommen fremd; da sie an sich selbst nicht zweifelte, so fühlte sie auch keine Unsicherheit hinsichtlich Eugen's, und als er sie bat, ihm treu zu bleiben, was immer auch kommen möge, entgegnete sie einfach:

„Treu! Ja ist denn da eine Möglichkeit, untreu zu werden? Es gibt für mich in der ganzen Welt nur einen Eugen Barnow und diesem habe ich mich angelobt und diesen liebe ich. Fürchte nichts für mich, und mag die Zeit des Wartens auch noch so lange dauern, Hoffnung und Liebe sind zwei geschickte Baumeister, sie werden mir helfen, Luftschlösser zu bauen, bis ich Dich wieder sehe."

„Aber Helene! sollte ich auf längere Zeit verhindert werden, Dich zu besuchen, so versprichst Du mir, nie an mir zu zweifeln!"

„Wie könnte ich das ohne triftige Gründe, und zu diesen wirst Du mir nie Veranlassung geben."

Und so schieden sie mit den Gelöbnissen ewiger Treue, und wenn der Abschied auch Thränen aus Helenen's schönen Augen lockte, so trockneten sie bald wieder bei dem beseligenden Gefühle, daß sie sein und er ihr war, und sie kehrte noch auf einige Tage zu den Freunden auf das Schloß Kirchberg zurück, um im Herbste dann bei den Eltern zu bleiben, ruhig, glücklich und vertrauensvoll, wie es einer so jungen und reinen Seele eben eigen war.

Und Eugen? Er war nicht so ruhig, als er dem gastlichen Schlosse den Rücken wandte; er ließ sein bestes Gut, die Sonne seines Lebens zurück. Er fürchtete sich vor sich selbst, vor dem Einfluß der großen Welt, in welche er trat, aber dann nahm er seine Kraft zusammen und sagte sich innerlich, „nichts soll uns trennen, sie soll und muß die Meine werden und nur der Tod soll uns scheiden".

Zweite Abtheilung.

Und nun erlaube, lieber Leser, daß wir einige Jahre überspringen, Jahre der Erwartung, der Prüfung für unsere Heldin, Jahre, wie sie Manches von uns selbst erlebt, wo Tag für Tag mit bleierner Langsamkeit verschleicht und das Gewicht unserer Leiden die Stunden zu Wochen, die Wochen zu Monaten werden läßt, wo wir zuletzt im Kampfe mit der Erwartung, die am Marke unseres Lebens nagt, ermatten und endlich so weit gelangen, die traurigste Wirklichkeit dieser nagenden, peinlichen Ungewißheit vorzuziehen.

Wir finden Helenen nicht mehr in dem Pfarrhause zu Oberberg, ihr Vater ist in eine größere Pfarrei versetzt worden, welche in jeder Beziehung der früheren vorzuziehen ist; unsere kleine Freundin aber hat die bisherige Heimath und die Freunde auf Gut Kirchberg mit heißen Thränen verlassen. War doch Alles mit der schönen Vergangenheit zu innig verwebt, um mit ruhigem Herzen davon scheiden zu können! Mit Frau v. Santer konnte Helene von Eugen sprechen Nachrichten empfangen und ihre Freude wie ihren Schmerz in ihr theilnehmendes Herz ergießen. (Fortsetzung folgt.)

— Die Erderschütterung in der Nacht vom 12. auf den 13. d. ist auch in Aschaffenburg, Soden und in Lindenfels und Auerbach (an der Bergstraße) wahrgenommen worden.

102 von 160 Stimmen für die Einführung des demokratischen Referendums entschieden. Dasselbe soll zwar einstweilen nur ein fakultatives sein, aber es ist immerhin doch ein Referendum, das sich möglicher Weise in der zweiten Berathung noch zu einem obligatorischen ausbilden wird. Laut dem beschlossenen neuen Gesetz soll alljährlich an zwei Sonntagen im Frühling und Herbst die Volksabstimmung stattfinden: 1) über alle vom Großen Rath erlassenen Gesetze; 2) über Staatsverträge und Konkordate; 3) über Staatsanlehen von mehr als einer Million, und 4) über Schlußnahmen, welche eine neue allgemeine Ausgabe für einen bestimmten Zweck von mehr als 250,000 Franken oder eine neue wiederkehrende Ausgabe von mehr als 25,000 Franken zur Folge haben. Zu bemerken ist, daß die Regierung in Betreff der Abstimmung den Antrag gestellt hatte, die abwesenden Großraths-Mitglieder als Annehmende zu zählen. — In einer seiner letzten Sitzungen behandelte der Aargauer Große Rath auch einen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe, welcher anläßlich der Begnadigung eines Mörders gestellt worden war.

Italien.

Florenz, 14. Jan. Im Distrikt von Parma sind neue Ruhestörungen vorgefallen. In Borgatora leisteten die dort versammelten Aufständischen dem Militär Widerstand und wurden durch einen Bayonnetangriff auseinander getrieben. In allen anderen Provinzen herrscht vollkommen Ruhe. In der Kammer wurde heute die Diskussion über die Verwaltungsreformen wieder aufgenommen und mehrere Amendements an die Kommission zurückgewiesen.

Florenz, 15. Jan. (Frkf. Ztg.) Eine in der Kammer angekündigte Interpellation macht großes Aufsehen. Ein Steuereinnehmer von Benevent ist mit einem Defizit von einer Million Franken verschwunden. Dieses Geld hatte er einem seiner Verwandten vorgeschossen, der bei öffentlichen Arbeiten konkurrirte und theilweise zur Bestechung von Deputirten, die ihm die Konzessionen verschaffen sollten, verwendete. Der Justizminister hat darüber bereits eine Untersuchung angeordnet. Auch der Magazinverwalter der Salz- und Tabakregie von Caserta hat sich mit Hinterlassung eines ansehnlichen Cassadefekts auf die Flucht begeben. — In der Deputirtenkammer interpellirte gestern Oliva wegen der Unterdrückung mehrerer Zeitungen und fragte, ob die verhafteten Journalisten den politischen Behörden zur Verfügung blieben. Der Justizminister erwiederte, sie würden vor Gericht gestellt werden.

Florenz, 16. Jan. Der junge Herzog von Apulien, dessen Pathen der Prinz von Carignan und die Prinzessin Clotilde waren, erhielt in der Taufe die Namen: Emmanuelo Filiberto Vittorio Eugenio Alberto Genova Giuseppe Maria. Der König traf erst am 15. Januar früh in Genua ein. Der Gemeinderath von Genua hat eine Beglückwünschungsadresse und 10,000 Fr. zu Sparkassenbüchern für Kinder votirt, die in den ersten fünf Tagen, von dem Geburtstag des Herzogs von Apulien an gerechnet, geboren werden.

* **Florenz,** 17. Jan. Der König hat die Deputationen des Parlaments empfangen, die beauftragt waren, ihn bei Gelegenheit der Geburt des Herzogs von Apulien zu beglückwünschen. Hr. v. Montemar, der neue spanische Botschafter, hat heute dem König seine Beglaubigungsschreiben überreicht.

* **Florenz,** 18. Jan. Das Ergebniß der Einnahmen der Generaldirektion der Salzsteuer (gabelles) für den Monat Dezember 1868 übersteigt um 4½ Millionen das Ergebniß des Dezembers 1867. Wenn man die Total-Einnahme der beiden Jahre vergleicht, so findet man einen Ueberschuß von 15 Millionen 750,000 Fr. zu Gunsten für 1868.

Frankreich.

† **Paris,** 18. Jan. Heute Nachmittag 1 Uhr hat der Kaiser die diesjährige Session des Gesetzgeb. Körpers mit folgender Thronrede eröffnet:

M. HH. Senatoren, m. HH. Deputirten! Die Rede, die ich alle Jahre bei der Eröffnung der Session an Sie zu richten pflege, ist der aufrichtige Ausdruck des Gedankens, der meine Regierung leitet. Der Nation, und zumal den großen Staatskörpern den Gang der Regierung freimüthig darzulegen, das ist die Pflicht des verantwortlichen Regenten eines freien Landes.

Die Aufgabe, welche wir mitsammt unternommen haben, ist nicht leicht; in der That kann man nicht ohne Schwierigkeit auf einem durch so viele Revolutionen durchwühlten Boden eine Regierung gründen, genugsam durchdrungen von den Bedürfnissen ihrer Zeit, um alle Wohlthaten der Freiheit zu adoptiren — stark genug, um selbst die Exzesse derselben ertragen zu können.

Die beiden Gesetze, welche in Ihrer letzten Session angenommen wurden, und welche zum Zweck hatten, den Grundsatz freier Diskussion zu entwickeln, haben zwei entgegengesetzte Wirkungen hervorgerufen. Es ist zu konstatiren, daß auf der einen Seite die Presse und die öffentlichen Versammlungen in einem gewissen Kreise eine faktiöse Agitation hervorgerufen haben, und Ideen und Leidenschaften wiedererscheinen ließen, welche man erstickt glaubte. Aber auf der andern Seite hat die Nation, welche für die gewaltthätigsten Aufreizungen unempfindlich bleibt, indem sie auf meine Festigkeit, die Ordnung aufrecht zu erhalten, rechnete, meinen Glauben in die Zukunft nicht erschüttert gesehen. Bemerkenswerthes Zusammentreffen! Je mehr abenteuerliche und wühlerische Geister die öffentliche Ruhe zu stören suchen, desto größere Ruhe stellte sich ein. — Die merkantilen Verhältnisse erwachten zu fruchtbarer Thätigkeit, die öffentlichen Einnahmen haben beträchtlich zugenommen, die Interessen haben Zuversicht gefaßt, und der größte Theil der einzelnen Nachwahlen hat meiner Regierung eine neue Stütze verliehen.

Das Militärgesetz und die durch Ihren Patriotismus bewilligten Gelder haben dazu beigetragen, das Vertrauen des Landes zu befestigen, und im gerechten Gefühl seines Stolzes hat es eine wirkliche Genugthuung empfunden an dem Tag, an welchem es erfuhr, daß es im Stand war, daß es allen Eventualitäten entgegentreten könne. Die Landarmee und die Marine, beide fest organisirt, befinden sich auf dem Friedensfuß, die unter den Fahnen befindliche wirkliche Stärke überschreitet nicht diejenige der frühern Regierungen; aber unsere vervollkommnete Bewaffnung, unsere gefüllten Arsenale und Magazine, unsere ausgebildeten Reserven, die in der Organisation befindliche mobile Nationalgarde, unsere umgestaltete Flotte, unsere im guten Zustand befindlichen festen Plätze geben unserer Macht die unentbehrliche Entwicklung. Das ständige Ziel meiner Bemühungen ist erreicht; die militärischen Hilfsmittel Frankreichs befinden sich von nun an auf der Höhe seiner Bestimmung in der Wrlt. In dieser Lage können wir laut unsern Wunsch auf Erhaltung des Friedens kund thun; es liegt keine Schwäche darin, dies zu sagen, wenn man für die Vertheidigung der Ehre und der Unabhängigkeit des Landes bereit ist.

Unsere Beziehungen zu den fremden Mächten sind so freundschaftlich wie möglich. Die Revolution, welche auf der andern Seite der Pyrenäen ausgebrochen ist, hat unsere guten Beziehungen zu Spanien nicht gestört, und die Konferenz, welche eben stattfindet, um im Orient einen drohenden Konflikt im Keim zu ersticken, ist ein Akt, dessen große Bedeutung wir würdigen müssen. Die Konferenz ist ihrem Ende nahe und alle Bevollmächtigten sind über die Grundlagen übereingekommen, welche geeignet sind, eine Annäherung zwischen Griechenland und der Türkei herbeizuführen.

Wenn ich also die feste Hoffnung habe, daß nichts den allgemeinen Frieden stören wird, so werden wir die Aufgabe haben, viele angebahnte Verbesserungen ihrer Vollendung entgegenzuführen und über alle praktischen Fragen einen Beschluß herbeiführen zu suchen, welche in Bezug auf die Umbildung der landwirthsch. Verhältnisse erhoben sind. Die öffentlichen Arbeiten sind in entsprechender Weise dotirt, der Bau der Vizinalwege wird fortgesetzt, der öffentliche Unterricht in allen seinen Abstufungen erhält fortwährend eine glückliche Entwicklung und wir werden — Dank der periodischen Zunahme der Einnahmen — alle unsere Bemühungen auf die Verminderung der öffentlichen Lasten richten können.

Der Augenblick naht heran, wo sich seit der Errichtung des Kaiserreiches der Gesetzgeb. Körper zum dritten Mal durch allgemeine Wahl erneuern wird, und eine bis jetzt unbekannte Thatsache ist es, daß derselbe jedesmal die gesetzliche Grenze seines Mandats erreicht hat. Diese Regelmäßigkeit der Legislaturen ist der Uebereinstimmung zu danken, welche stets zwischen uns geherrscht hat und ebensowohl dem Vertrauen, welches mir die Ausübung des allgemeinen Stimmrechts einflößt. Die große Masse der Bevölkerung hält fest an ihrem Glauben wie an ihren Zuneigungen, und wenn edle Leidenschaften im Stande sind, sie zu begeistern, so erregen der Sophismus und die Verläumdung nur deren Oberfläche.

Getragen durch Ihre Billigung und durch Ihre Mithilfe bin ich fest entschlossen, auf der Bahn zu verharren, welche ich von vornherein eingeschlagen habe, d. h. jeden annehmbaren Fortschritt anzunehmen, aber über jeder Diskussion die fundamentalen Grundsätze der Verfassung, welche durch das Votum der Nation vor jedem Angriff sichergestellt sind, zu haben.

„Man erkennt den Baum an seinen Früchten", hat das Evangelium gesagt. Nun wohl! Wenn wir einen Blick auf die Vergangenheit werfen, welches System hat siebzehn Jahre hindurch Ruhe und stets zunehmenden Wohlstand gegeben? Sicherlich ist jede Regierung dem Irrthum unterworfen und das Glück lächelt nicht allen Unternehmungen. Aber meine Macht besteht darin, daß die Nation es weiß, daß ich seit 20 Jahren keinen einzigen Gedanken gehegt und nichts unternommen habe, was nicht die Interessen und die Größe Frankreichs zum Beweggrund gehabt hätte; sie weiß es auch, daß ich der Erste gewesen bin, der eine strenge Kontrole der Verwaltung gewollt hat; daß ich in dieser Beziehung die Rechte der berathenden Versammlungen vermehrt habe, und daß ich überzeugt bin, daß die wahre Stütze einer Regierung in der Unabhängigkeit und in dem Patriotismus der großen Körperschaften des Staates zu finden ist. Die bevorstehende Session wird neue Verdienste denen hinzufügen, welche sie bereits dem Lande erwiesen haben. Bald wird die Nation, an die Wahlurne berufen, die Politik sanktioniren, welche wir befolgt haben; sie wird abermals durch ihre Wahl verkünden, daß sie nicht die Revolution, sondern daß sie die Geschicke Frankreichs auf die innige Verbindung der Macht mit der Freiheit gründen will.

* **Paris,** 18. Jan. Dem „Etendard" zufolge wurde die Thronrede des Kaisers oft durch Beifallsbezeigungen unterbrochen, besonders bei den Stellen, wo der Kaiser bestätigt, daß es seine Absicht sei, im Innern die Ordnung und nach außen den Frieden zu erhalten. Die „France„ sagt:

Nie waren die Worte des Kaisers klarer und entsprachen mehr dem Gefühl der Würde nach außen und den liberalen Bestrebungen bezüglich des Innern. Nach außen will Frankreich den Frieden, aber einen Frieden, der seiner würdig ist; es fühlt sich stark genug und ist auf alle Eventualitäten vorbereitet, um im Konzert der Völker die Grundsätze aufrecht zu erhalten, auf welchen es mit Sicherheit seine eigenen Interessen und die Ruhe von ganz Europa begründen kann. Wir sind für den Krieg bewaffnet, wenn die Umstände uns zu einem solchen zwingen sollten, aber unsere Bewaffnung darf die anderen Mächte nicht beunruhigen, wenn sie selbst von friedlichem Geiste beseelt sind.

In der „Liberté" spricht Hr. E. v. Girardin die Ansicht aus, daß die diesjährige Thronrede eine der besten seit 1852 ist. Besonders freut ihn der Passus von der Wehrkraft des Landes, welche für ihn ganz klar die Bedeutung hat, die Fehler von 1866 würden bei der ersten günstigen Gelegenheit wieder gutgemacht werden.

Die Geschicke Frankreichs in der Welt, ruft Hr. v. Girardin aus, können nicht so bleiben, wie sie die Schlacht von Sadowa, der Sturz des deutschen Bundes und die militärische Unifikation des unter das Kommando einer so zähen und so eroberungssüchtigen Nation wie Preußen stehenden Deutschlands gemacht haben. Die Aufrechthaltung des Friedens! Ja, aber mit der Rückerstattung unserer Grenzen von 1801, unserer natürlichen und nothwendigen Grenzen (!), ja aber mit der Theilung des Rheins zu gleichen Theilen (!). Den Deutschen das rechte Ufer, den Galliern das linke (!). Jeder bei sich zu Hause (!).

Das „Gelbbuch" wird erst Ende der Woche erscheinen. — Der „Patrie" zufolge hat die Konferenz gestern eine lange Sitzung gehalten und würde ohne Zweifel ihre Arbeiten beendet haben, wenn das Protokoll hätte unterzeichnet werden können. Aber der ottomanische Gesandte soll nicht geglaubt haben, der Abfassung des Protokolls beitreten zu können, ohne darüber vorher an seine Regierung berichtet zu haben. Djemil Pascha hat demnach eine Depesche an den Groß-Vezir gesandt und erwartet die Antwort. — Rente 70.05, Cred. mob. 273.75, ital. Anl. 53.55.

Spanien.

* **Madrid,** 17. Jan. Die Wahlen haben ihren Fortgang in vollkommenster Ordnung und mit großer Betheiligung. Die in Madrid erlangten Resultate sind heute, wie gestern, der demokratisch-monarchischen Partei sehr günstig. Die in der Provinz bis jetzt bekannten Ergebnisse sind im Allgemeinen der nämlichen Partei günstig. Die „Correspondencia" glaubt versichern zu können, daß die vom „Gaulois" gebrachte Nachricht eines lebhaften Korrespondenzaustausches zwischen der Ex-Königin und Espartero aller Begründung entbehrt.

* **Madrid,** 18. Jan. Zu Logroño sind gewählt worden: der Marschall Espartero, der General Dulce, Hr. Olozaga und Hr. Sagasta. Die Republikaner haben ungefähr den sechsten Theil der Stimmen erhalten.

* **Madrid,** 18. Jan. Die „Madrid. Ztg." veröffentlicht ein Dekret des Generals Prim, welches die Generale Cheste und Gasset ihres Amtes entsetzt, weil sie nicht, wie ihnen der Befehl ertheilt worden war, ihren Aufenthalt in den Canarischen Inseln genommen haben.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 18. Jan. Der Reichstag wurde heute eröffnet. Die Thronrede spricht die Hoffnung aus, daß die Verbindung zwischen der Prinzessin Louise und dem Kronprinzen von Dänemark die drei nördlichen Länder fester verbinden werde. Außerdem wurde die Vorlage einer neuen Reichsakte zwischen Schweden und Norwegen, und die Veränderung der Armeeorganisation angekündigt. Die Thronrede sagt ferner: Die freundschaftlichen Beziehungen zu den andern Mächten seien unverändert. Mit Siam und Japan seien Handelsverträge abgeschlossen worden. Was die neue Anleihe für Eisenbahnen im Betrag von 3 Millionen betreffe, so führe dieselbe keine Steuererhöhung herbei.

Großbritannien.

London, 17. Jan. Die Zeichnungen auf die türkische Anleihe von 5 Mill. Pfd. St. bleiben bis zur Erledigung des Konflikts ausgesetzt.

London, 18. Jan. Nachrichten aus Calcutta vom 15. Jan. melden, daß ein Erdbeben in genannter Stadt, Bishar und Assam viele Gebäude beschädigt habe. In Silchar wurde der Bazar verschüttet.

London, 18. Jan. Es wird behauptet, die Konferenzmächte hätten sich dahin geeinigt, strikte Neutralität zu beobachten, falls Griechenland ihrer Deklaration keine Folge gebe.

Amerika.

Washington, 16. Jan. Der Präsident Johnson hat am Freitag dem Senat die mit Großbritannien unterhandelten Verträge Betreffs der Regelung der Alabama-Ansprüche und Betreffs der Rechte naturalisirter Bürger vorgelegt. — Der General Karl Schurz ist von Seiten des Staats Missouri zum Mitglied des Senats in Washington gewählt worden.

* **Washington,** 17. Jan. Neun große Staaten haben Republikaner zu Senatoren gewählt. Die Stadt Neu-Jersey hat einen Demokraten gewählt.

Vermischte Nachrichten.

○ Stuttgart, 18. Jan. Gestern starb dahier der frühere Abgeordnete der Oberamts-Bezirke Marbach und Rottweil, und in den Jahren 1848 und 1849 Präsident der Abgeordnetenkammer, Rechtskonsulent Murschel, ein Freund und Gesinnungsgenosse des verstorbenen Märzministers Staatsrath Römer. Er war viele Jahre Vorstand der hiesigen Bürgergesellschaft, Obmann des Bürgerausschusses, und erreichte ein Alter von 73 Jahren.

— Hamburg, 18. Jan. Die Segelschifffahrt auf der Elbe ist wegen starken Eisganges eingestellt.

— In Hamburg soll vom 2. bis 12. September 1869 eine internationale Gartenbau-Ausstellung abgehalten werden und gleichzeitig der Kongreß deutscher Gärtner, Gartenfreunde und Botaniker stattfinden.

* In Berliner Abgeordnetenkreisen zirkulirt folgende heitere parlamentarische Anekdote. Ein bekannter Abgeordneter aus dem Zentrum des Hauses entgegnete auf die Frage, wie es komme, daß er ganz gegen seine sonstigen Gewohnheiten in dieser Session so oft das Wort ergreife: „Ja, früher schrieb ich täglich meiner Frau nach Hause; jetzt (nach aufgehobener Portofreiheit der Abgeordneten) erlauben mir das meine Mittel nicht, und da muß ich denn doch mindestens durch die Zeitungen den Meinigen die Nachricht zugehen lassen, daß ich noch am Leben und wohl genug bin, den Mund aufzuthun."

* Der Roman der Frau v. Hillern, „Ein Arzt der Seele", wird, wie wir aus guter Quelle erfahren, ungefähr zu gleicher Zeit mit dem Schluß desselben in der „Deutschen Romanzeitung" als selbständiges Buch bei Otto Janke erscheinen.

— Solothurn, 17. Jan. (Bund.) Das Steuergesetz ist mit 9000 gegen 6000 Stimmen angenommen, das Besoldungsgesetz mit 7415 gegen 5339 Stimmen verworfen worden.

Badische Chronik.

⊙ Karlsruhe, 18. Jan. Wie auch in diesem Blatt kürzlich zu lesen war, fand am 28. v. M. dahier eine Versammlung der Vertreter der größeren Städte des Landes statt, welche die Frage der Bürger- und Einwohnergemeinde, das Heimathsrecht, die Armenversorgung, das Gemeindesteuer-System und die Selbstverwaltung zum Gegenstand ihrer Berathung machten. Zu einer Beschlußfassung kam es nicht, da eine große Versammlung von Ortsvorstehern alsbald in Aussicht genommen wurde. Um für diese künftige Versammlung den Berathungsstoff vorzubereiten, hat man 10 Thesen aufgestellt, welche wir nachstehend mittheilen.

I. Durch die Einführung der Gewerbefreiheit und durch das Gesetz über Niederlassung und Aufenthalt wurden manche Rechte, welche nach § 1 des Bürgerrechtsgesetzes einen Theil des Ortsbürgerrechts bildeten, Bestandtheile des Staatsbürgerrechts. Die Befugnisse ferner, welche den Vertretern der Gesammteinwohner in den Ortsschulräthen, Bezirksräthen und Kreisversammlungen, sowie öfters auch in örtlichen Kommissionen, Verwaltungsräthen u. dgl. mit mittelbarer Verfügung über

das Gemeindeeinkommen und Vermögen, sowie über die Gemeindesteuer-Kapitalien zustehen, beschränken die Ortsbürgerrechte noch weiter und lass[illegible] schließlich, insbesondere, wenn noch eine neue Ehegesetzgebung hin[illegible]zten sollte, von den Rechten der Gemeindebürger nur noch die Ansprüche auf Unterstützung aus Gemeindemitteln übrig.

II. Diese Aenderungen greifen tief in den Bestand der Bürgergemeinde ein; jedenfalls sollten sie aber in einer Fortentwicklung des im germanischen Wesen wurzelnden Bürgerthums und nicht in dessen Aufhebung mittelst Schaffung eines im romanischen Wesen liegenden Nomadenthums gesucht werden, und bleibt es deßhalb die Aufgabe unserer Zeit, an die Stelle des durchlöcherten Gemeindebürgerrechts nicht nur ein Gesetz über das Armenrecht, sondern auch ein solches über das Heimathsrecht zu schaffen. Die Heimathgesetzgebung muß sich in dem Satz gipfeln, daß jedes Mitglied der Staatsgesellschaft in einer Gemeinde heimathberechtigt sein muß. Die deutsche Gemeindezeitung vom Jahr 1865 spricht sich auf Seite 33 hierüber in folgender Weise aus, und kann dies als Begründung für den aufgestellten Satz gelten:

„Jeder Mensch ist mit seiner ganzen Existenz an die Mutter und Ernährerin der ganzen Menschheit, die Erde, geknüpft, und da diese in ihrem Raum zunächst unter den Einzelnen und demnächst wiederum unter den Nationen vertheilt ist, so muß ein Ort für ihn vorhanden sein, wo und von wo er mehr als alle Andern, von ihm örtlich Entfernten, und zugleich in Gemeinschaft mit den bei seiner geselligen Natur stets örtlich ihm Verbundenen die Gesammtheit aller derjenigen Rechte auszuüben und geltend zu machen im Stande ist, welche ihm als Mensch und Staatsbürger zunächst und allgemein zustehen. Ein solcher Ort, von dessen Gebundensein überhaupt sich ja kein Mensch zu befreien vermag, wird nun aber Heimath genannt, und es ist daher selbstverständlich, daß aus dem Rechte der Heimath, mit der sich bei der geselligen Natur des Menschen stets der Begriff der Gemeinde oder nächsten örtlichen Gemeinschaft verknüpft, oder daß aus dem Grundrechte der örtlichen geselligen Existenz alle staatsbürgerlichen Rechte sich ableiten lassen und darin wurzeln, da ohne eine solche örtliche gesellige Existenz der Einzelne zum Theil gar nicht, zum Theil nur in höchst verkümmerter Weise gedacht werden kann."

III. Zur Erwerbung dieses Heimathsrechtes in einer fremden Gemeinde kann aber keinenfalls blos eine längere Dauer des Aufenthalts daselbst genügen, *) sondern es gehört dazu die förmliche Aufnahme, welche nur beim Vorhandensein und nach Erfüllung vorgeschriebener Bedingungen verlangt werden kann. Die Gemeinde kann sicherlich nicht zu einer Passivität verurtheilt sein, wenn es sich um eine Mitgliedschaft handelt; bei jeder andern Gesellschaft oder Körperschaft würde man es — und mit Recht — als einen schweren Eingriff in ihr innerstes Wesen betrachten, wenn man den Zuwachs von neuen Mitgliedern nicht von ihrem (der Gesellschaft) Willen, sondern von der Willkür Dritter und von Zufälligkeiten abhängig machen wollte.

IV. Sollte in der Bildung von Einwohnergemeinden das Mittel erblickt werden, die seitherigen Verhältnisse den neuen Zuständen anzupassen, so kann schon wegen des Gemeinde- und Allmendsgutes eine Unterscheidung in Gemeindeangehörige im weiteren Sinne und in eigentliche Gemeindebürger nicht umgangen werden, und würde für die Stellung der ersteren zu den letzteren durch § 96 der Gemeindeordnung, nämlich in der bereits bestehenden Vertretung der in dem Kataster der direkten Steuern eingetragenen staatsbürgerlichen Einwohner und der Ausmärker durch Bildung eines Ausschusses, der Weg vorgezeichnet sein.

V. Nachdem aber die bestandenen Ortsbürgerrechte (B.R.G. § 1) zum größeren Theil in Staatsbürgerrechte umgewandelt wurden, so ist das die Armengesetzgebung beherrschende Gemeindeprinzip unhaltbar geworden und müßte die Fürsorge für die Armen folgerichtig gleichfalls, wie es für die Familien der Staatsdiener, Geistlichen und Schullehrer schon der Fall ist, eine Obliegenheit des Staates werden, wenn man nicht die Heimathsgemeinden für bleibend unterstützungspflichtig erklären will, wozu die erfolgte Bürgeraufnahme und die bezogenen Einkaufsgelder berechtigte Anhaltspunkte geben. Es kann nur die Frucht einer doktrinären Anschauung sein, wenn der Aufenthaltsgemeinde über die Grenzen der Angehörigen ihrer Bürgergemeinde eine Unterstützungspflicht deßhalb zugemuthet wird, weil die Aufenthaltsgemeinde, wie man behaupten will, die Kräfte der ortsfremden Bürger ausnütze. Es fällt wahrlich nicht schwer, die Unrichtigkeit dieser Behauptung darzuthun. Die Annahme, als kämen die fremden Anziehenden deßhalb, um sich ausnützen zu lassen, muß zunächst als eine große Täuschung bezeichnet werden; sie kommen lediglich des leichteren Verdienstes und ihres besseren Fortkommens willen, vermehren aber in vielen Fällen nur das Proletariat der größeren Städte, ohne daß diese ihr eigenes los bekommen können. Bei der bestehenden Gewerbefreiheit und Freizügigkeit kann sich bekanntlich keine Gemeinde des Zuzugs von außen erwehren, ebenso aber wäre es einer Gemeinde unmöglich, fremde Kräfte zur Ausnützung rückzuhalten. Es ist aber überhaupt nicht die Gemeinde als solche, welche ortsfremde Kräfte in Anspruch nimmt; es sind dies einzelne Einwohner, und zwar gar oft Jene, die keinen Kreuzer zu den Gemeindekassen beitragen. Die Armenpflege müßte sich deßhalb, wenn sie der Staat nicht in die Hand nehmen wollte, lediglich auf das Prinzip der Selbstversorgung, bezw. der Versorgung durch die Arbeitspatrone, niemals aber jener durch die Aufenthaltsgemeinde stützen.

VI. a) Die so eben berührte Frage führt auf die Untersuchung, ob sich die Ansprüche an die Gemeinden mit den Pflichten gegen dieselben im Einklang befinden, und erhellt dabei, daß eine gerechte Vertheilung bezüglich der Aufbringung des Aufwandes für die Gemeindebedürfnisse nicht besteht, indem eine große Klasse von Einwohnern die Vortheile, welche sich durch den Bestand, die Leistungen, Anstalten und Einrichtungen der Gemeinden für sie ergibt, mitgenießt, ohne daß sie zu den Lasten etwas beiträgt.

b) Der Gesetzgeber glaubte die Ausgleichung der verschiedenen Interessen in einer Gemeinde dadurch herzustellen, daß er zu den erforderlichen Gemeindeumlagen die Grund-, Häuser- und Gewerbe-Steuerkapitalien beizog.

c) Dabei hat aber das bürgerliche Element vorweg einen wesentlichen Theil zu übernehmen, indem zur Deckung der Bedürfnisse in erster Reihe der Ertrag aus dem Vermögen der Bürgergemeinde, aus ihren Berechtigungen und Gefällen (G.O. § 68) verwendet, sodann Auflagen auf den Bürgernutzen (G.O. § 69 u. 70) und unter Umständen von den Bürgern Vorausbeiträge erhoben werden. (G.O. § 72.)

*) Der § 41 (Abs. 1) des norddeutschen Freizügigkeitsgesetzes lautet: „Durch den bloßen Aufenthalt oder die bloße Niederlassung, wie sie das gegenwärtige Gesetz gestattet, werden andere Rechtsverhältnisse, namentlich die Gemeindeangehörigkeit, das Ortsbürgerrecht, die Theilnahme an Gemeindenutzungen und Armenpflege nicht begründet."

d) Die Steuerkräfte der Gemeinde werden überdies noch dadurch in erhöhtem Maße angestrengt, daß die Gemeindegesetze (§ 79, 83, 84) eine Anzahl von Privilegien für manche Steuerkapitalien, welche in Folge dessen von einem Beizug ganz oder zum Theil ausgenommen sind, kennen.

e) Die Gestaltung des Steuersystems in der geschilderten Weise gründete sich auf die Unterstellung, daß alle Einrichtungen und der gesammte Aufwand der Gemeinde zunächst und in hervorragender Weise nur den Gemeindebürgern und in zweiter Linie höchstens noch dem Liegenschaftsbesitz und Gewerbebetrieb zu gut kommen.

VII. Solche Anschauungen hatten vielleicht früher und in den meisten Landgemeinden ihre Berechtigung; es ist dies aber jetzt nicht mehr der Fall und das bestehende Gemeindesteuersystem ist namentlich für die Städte ein unbrauchbares geworden. Die Gemeinden können sich darin trotz der verkündeten Selbstverwaltung nicht selbst helfen; es steht ihnen wohl zu, den gesetzlichen Umlagefuß zu ändern (§ 95 der G.O.), andere Steuerkapitalien als die in § 75 der G.O. aufgeführten vermögen sie aber nicht beizuziehen.

VIII. Das einzige Mittel, welches einen Theil der Lasten der Gemeinde zur Zeit schon irgendwie auf die ganze Einwohnerschaft zu vertheilen geeignet ist, besteht in der Erhebung von Verbrauchsteuern; allein diese Steuer, deren Bewilligung ohnehin sehr erschwert ist, dürfte vielleicht besser durch eine allgemeinere direkte Steuer ersetzt werden, obgleich übrigens der Staat selbst in Form von Accisen u. dergl. solche Steuern erhebt und namentlich der preußische Finanzminister in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 19. Dez. 1868, ungeachtet mannigfachen Widerspruchs, sie nicht entbehren zu können behauptet. Es könnten auch bei uns solche indirekte Gemeindesteuern und Gefälle dort, wo sie bestehen, ohne schwere Schädigung des Kredits und der Finanzverhältnisse, sowie ohne Störung der Fortentwicklung des Gemeinwesens nicht beseitigt werden, wenn nicht an deren Stelle sofort eine entsprechende andere Besteuerungsart tritt. In Belgien wurde den betreffenden Gemeinden sogar volle Entschädigung aus Staatsmitteln geleistet.

IX. Eine Aenderung des Gemeindesteuersystems, das in allen Staaten Deutschlands auf einer vervollkommneteren Stufe steht als in Baden, ist es also, was angestrebt werden muß. Diese Aenderung muß die Vortheile mit den Lasten besser ausgleichen und ein Gleichgewicht zwischen Rechten und Pflichten herstellen, wenn nicht gegen eine einzelne Klasse von Einwohnern fortan ein großes Unrecht begangen und die ohnehin schon nicht unbedeutend belasteten Gewerbe und gar oft mit Pfandschulden beschwerten Liegenschaften übermäßig gedrückt werden sollen.

Die gerechteste Besteuerung aber ist die nach dem Einkommen, und zwar, mit verschiedenem Steuerfuße, d. h. in ansteigender Weise. Es ist dies diejenige Besteuerungsart, welche sich immer mehr Bahn bricht und welche sich als klassifizirte progressive Einkommensteuer insbesondere in Norddeutschland vollständig eingelebt hat. Nur mangelnde Einsicht, sagt ein staatswirthschaftlicher Schriftsteller der Neuzeit, oder mangelnde Uneigennützigkeit sei im Stande, sich gegen dieselbe völlig zu verschließen.

X. Bei den freiheitlichen Entwicklungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens dürfen die Gemeinden nicht zurückgestellt bleiben; sie verlangen vielmehr, daß sie als selbständige Körperschaften geachtet und ihre Organe nicht als lediglich den Staatsbehörden untergebene Dienststellen betrachtet werden; sie begehren ferner, daß die staatliche Oberaufsicht auf jene Fälle beschränkt bleibe, wo es sich um die Erhaltung des Grundstocksvermögens der Gemeinde für die nachkommenden Geschlechter handelt, im Uebrigen aber jede Obervormundschaft wegfalle und das Recht der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung zur That werde. Es soll mit einem Worte auch bei uns der Grundsatz durchgeführt werden, welchen der preußische Minister des Innern in dem preußischen Abgeordnetenhaus am 3. Dezember 1868 aufstellte, daß nämlich bei der einzuführenden vollständigen Selbstverwaltung die staatliche Aufsicht nur soweit obwalten solle, als unbedingt nöthig ist. *)

* Karlsruhe, 19. Jan. Gestern Nachmittag wurde der am 16. d. M. verstorbene Großh. Major und Oberbaurath a. D., Hr. Ph. J. Scheffel, beerdigt. Ein zahlreicher Trauerzug, aus Männern der verschiedensten Stellungen und Berufsrichtungen bestehend, bekundete den Antheil, welchen man in den weitesten Kreisen an dem Hintritt dieses vielverdienten trefflichen Mannes, des ehrwürdigen Vaters unseres vaterländischen Dichters Josef Viktor Scheffel, nimmt. Ueber den Lebensgang des Dahingeschiedenen entnehmen wir den am Grab verlesenen Personalien Folgendes:

Philipp Jakob Scheffel, Sohn des reichsstiftischen Oberschaffners und später Großh. badischen Amtskellerei-Vorstandes Hrn. Magnus Scheffel und der Frau Johanna, geborne Läuble, ward geboren am 29. Juni 1789 in der damals reichsunmittelbaren Stadt Gengenbach, deren ebenfalls reichsunmittelbarer Abtei sein Großoheim Jakobus Maria Trautwein von Asch als vorletzter Abt und Prälat vorstand.

Nach sorgfältig erhaltener Ausbildung zum Ingenieur trat er 1814 vom Ingenieurgeographen als Hauptmann in die Landwehr und nahm in dieser Eigenschaft im 5. Landwehrbataillon „Kinzigkreis" an den beiden Befreiungskriegen 1814 und 1815 gegen Frankreich Antheil.

Er erhielt für sein muthvolles Benehmen im Gefecht bei Kehl am Charfreitag 1814 das Ritterkreuz des Karl-Friedrich-Verdienstordens und den russischen St. Wladimirorden 4. Klasse. Im Jahr 1815 war er mit seinem Bataillon bei der Blokade von Straßburg verwendet.

Er wurde 1816 in den Generalquartiermeisterstab versetzt und zugleich als Lehrer und Aufsichtsoffizier am Kadetteninstitut angestellt, 1817 aber der zur Ausführung des Pariser Friedens mit Feststellung der Rheingrenze beauftragten Kommission zugetheilt. Diese, aus französischen und badischen Ingenieuren bestehende Rheingrenz-Berichtigungskommission, welche von 1817 bis 1820 in Basel, von 1820 bis 1823 in Straßburg versammelt war, bot durch ihre verwickelten und schwierigen Geschäfte sowohl bezüglich der technischen Aufnahmen, als der administrativen Benehmung mit den Aemtern volle Gelegenheit zur Bethätigung gründlicher Ingenieurwissenschaft.

1824 nach 7jähriger Abwesenheit in den Zivildienst zurückgetreten, trat derselbe in die unter Leitung des Obersten Tulla thätige Wasser- und Straßenbaudirektion als Mitglied ein, erhielt 1829 den Rang eines Oberingenieurs und wurde im nämlichen Jahr Oberbaurath. Seine Bethätigung an der Rhein-Grenzberichtigung wurde 1827 durch das Ritterkreuz, 1841 das Offizierkreuz der französischen Ehrenlegion anerkannt. Beim Rücktritt in den Zivildienst wurde ihm, mit Beibehaltung der Anciennetät im Armeekorps, die Erlaubniß zum Tragen der Uniform à la suite ertheilt. 1838 erhielt er den Charakter als Major. Am 1. Februar 1854 war ihm die Freude beschieden, als ältester Rath mit Oberleitung der Geschäfte der Wasser- und Straßenbau-Direktion betraut, sein 40jähriges Dienstjubiläum zu feiern und die ehrende Auszeichnung des Ritterkreuzes des Zähringer Löwen zu empfangen.

Unter dem Großherzog Karl Friedrich in den Staatsdienst eingetreten, hat derselbe fünf Souveränen treu gedient und wurde bei seiner, erst mit vorgerücktem Alter erfolgten Pensionirung durch das Commandeurkreuz des Zähringer-Löwen-Ordens ausgezeichnet.

In 41jähriger glücklicher Ehe einer durch ihre Frauentugenden allseitig geschätzten Gemahlin, Frau Josephine, geb. Krederer, von Oberndorf verbunden, wurde er am 5 Febr. 1865 durch deren unerwartet schnellen Tod von der treuen Lebensgefährtin getrennt. Eine der Mutter gleiche Tochter, Maria, hat schon im Jahr 1857 der Tod abberufen. Seine Söhne haben in dem Dahingeschiedenen einen liebevollen, pflichtgetreuen und bis in das hohe Greisenalter stets in opferwilliger Hingebung bewährten Vater verloren, seine Freunde den charaktervollen Freund, das Vaterland den als Soldat wie als Bürger wohlverdienten Veteranen. Möge ihm die Erde leicht sein!

— Diesen Samstag Nachmittag wurde auf dem Karlsruher Bahnhof ein Packer beim Abladen, in Folge Zurückgehens der Pferde, von einem Puffer derart gequetscht, daß er in der darauffolgenden Nacht den Geist aufgab.

— Eine Zusammenstellung Dessen, was über die durch das leidige Schießen in der Neujahrsnacht verursachten Unglücksfälle in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, ergibt für den Umfang des Großherzogthums Baden folgendes Resultat: Erschossen wurden fünf Personen, zweien wurde die Hand zerschmettert, einer wird in Folge eines Schusses ins Gesicht das Augenlicht verlieren. Wir brauchen wohl nicht erst darauf aufmerksam zu machen, daß die wirkliche Zahl der Verunglückten viel größer sein wird. Wann wird die öffentliche Stimme sich endlich mit derjenigen Entschiedenheit gegen diesen Unfug erklären, welche allein sein Aufhören verbürgen kann?

Heidelberg, 15. Jan. (Frkf. J.) Schon wieder fand in der Providenzkirche eine merkwürdige Trauung statt. Ein Brautpaar, gemischter Konfession, war entschlossen, alle zu hoffenden Kinder protestantisch werden zu lassen, verzichtete daher auf das vergebliche Ansuchen um katholische Trauung neben der evangelischen und hielt sich dadurch schadlos, daß es die letztere bei glänzend illuminirter Kirche vornehmen ließ. Gegen 180 Kerzen brannten gestern Abend in der schönen und schön geschmückten Providenzkirche, deren behaglich erwärmte Räume schon geraume Zeit vor der heiligen Handlung von einem theilnehmenden und neugierigen Publikum angefüllt, ja überfüllt waren.

Mannheim, 18. Jan. (Mnnh. J.) Gestern war auf dem Gambrinuskeller eine Versammlung hiesiger Arbeiter, in welcher die Frage des Anschlusses an eine der bestehenden politischen Parteien von verschiedenen Seiten beleuchtet, aber beschlossen wurde, für jetzt von einer solchen Verbindung Umgang zu nehmen.

Offenburg, 15. Jan. (B. L.) In der bekannten Schulhausbau-Angelegenheit hatte heute der Gemeinderath Sitzung. Es sollen nunmehr, um den Gegnern des ersten Projektes ebenfalls gerecht zu werden, überhaupt aber um einmal diese Sache zur Zufriedenheit Aller erledigen zu können, zwei Bauplätze, d. h. der früher schon bezeichnete und ein weiterer, mehr in der Stadt gelegene Platz in Aussicht genommen und dem Großen Bürgerausschuß zur Genehmigung des einen oder des anderen Platzes vorgelegt werden.

Freiburg, 17. Jan. (Frb. Bl.) Gestern Abend erschoß sich dahier ein Mann auf öffentlicher Straße in der Nähe des Bahnhofs. Dem Vernehmen nach ist es der Weinhändler B. von Krotzingen.

— Die Angehörigen der als gesetzwidrig aufgehobenen klösterlichen Anstalt auf dem Lindenberg haben den Rechtsweg gegen die Regierung betreten und Hrn. v. Wänker zu Freiburg zu ihrem Anwalt gewählt.

— Der noch ganz junge Vorschußverein Thiengen gehört zu denen, welche sich am schnellsten und erfreulichsten entwickelt haben. Die Mitgliederzahl ist im vorigen Jahr von 265 auf 444, das eigene Vereinsvermögen von 3130 fl. auf 12,200 fl. gewachsen. Der Umsatz betrug pro 1868 195,000 fl.; Vorschüsse wurden gegeben 483 im Gesammtbetrag von 78,000 fl., wozu noch 166 Prolongationen und 5 Kontokurrentzahlungen kommen. Die weitaus größere Menge der Vorschüsse bewegt sich von 25 fl. aufwärts bis zu 150 fl., doch kommt auch noch eine ziemliche Anzahl von Posten bis zu 600 fl. vor. Besonders erfreulich ist die starke Theilnahme der Landwirthe, deren jetzt schon ca. 150 dem Verein beigetreten sind.

— In Konstanz finden auch dieses Jahr wieder, wie in den Wintern 1864/65 und 1866/67, die von der Wessenberg-Stiftung ausgehenden Wessenberg-Vorlesungen statt. Die Reihe derselben eröffnete Hr. Kreisgerichtsrath Dreyer mit einem Vortrag über Macchiavelli.

*) Wir werden in den nächsten Tagen uns eingehender mit diesem Gegenstand befassen und behalten uns, wie wir jetzt schon ausdrücklich bemerken, in einigen Punkten die Entwicklung einer entgegenstehenden Ansicht vor. Anm. d. Red. d. Bad. Chronik.

Frankfurt, 19. Jan., — Uhr — Min. Nachm. Oesterr. Kreditaktien 249½, Staatsbahn-Aktien 303½, National 52, Steuerfreie 51, 1860r Loose 78⅛, Oesterr. Valuta 98, 4proz. bad. Loose —, Amerikaner 79 7/16, Gold —.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Bekanntmachung.

Auf die am 26. Januar mit um die Hälfte erhöhten Preisen stattfindende erste Aufführung der Oper in drei Akten von Richard Wagner **„Die Meistersinger von Nürnberg"**, sowie auf die nächste Wiederholung derselben am 29. Januar werden von jetzt an Vormerkungen bei der Hoftheater-Billet-Kasse entgegengenommen. Den Jahres-Abonnenten wird die Befügniß zur Beibehaltung ihrer Plätze eingeräumt; sie wollen sich jedoch darüber im Billet-Bureau längstens bis Samstag den 23. d. Mts., Mittags 12 Uhr, gefälligst erklären und den Preis dafür entrichten, da von diesem Zeitpunkte an die Plätze, wenn sie nicht genommen sind, anderweit vergeben werden.

Karlsruhe, den 19. Januar 1869.

General-Administration der Großh. Kunst-Anstalten.

Z.t.399. **Weinheim.** Gestern früh um 8 Uhr entschlief sanft in dem Herrn unsere liebe Cousine, Fräulein Karoline v. Leuchsenring, beinahe 80 Jahre alt, in Folge eines Hirnschlags. Entfernteren Verwandten und Freunden der Entschlafenen widmet diese Trauernachricht,

Weinheim, den 18. Januar 1869,

Dekan v. Leuchsenring.

Prüfung

für Porte-épéefähndriche, den einjährigen Militärdienst, das Polytechnikum, die Post etc.

Das **International-Lehrinstitut** bereitet beständig zu allen diesen Prüfungen vor. Für **Porte-épéefähndriche** und **Polytechniker** fängt am 10. Januar ein besonderer Cursus an. Näheres bei der Direction in Bruchsal. Z.s.69.

Commisgesuch.

Z.t.396. Für ein Kolonial- und Kurzwaarengeschäft wird ein Commis (chr. Religion), welcher gut empfohlen, gründliche Waarenkenntnisse im Kurzwaarenfach hat, und als Verkäufer sich eignet, gesucht. Schriftliche Offerten A. A. befördert die Expedition dieser Zeitung. Der Eintritt kann sofort geschehen.

Z.t.394. Heidelberg.

Commisgesuch.

Ein junger Mann, Israelite, militärfrei, oder noch zwei Jahre bis zum Einstehen, der bereits in einem Manufaktur- oder Tuchgeschäft gearbeitet, mit den Comptoirarbeiten vertraut ist, Englisch oder Französisch spricht, kann sofort in eine Stelle eintreten, womit bei freier Station ein sehr gutes Salair verbunden ist. Frankirte Offerten beliebe man an das Commissionsbureau von **M. Abarbanell** in **Heidelberg** zu richten.

Den 16. Januar 1869.

Z.t.419. Hagenau (Elsaß).

Ein Steindrucker findet sogleich dauernde Kondition bei **B. Edler** in **Hagenau** (Elsaß).

Z.t.335. **Dienst-Antrag.**

Ein, in seinem Fache durchaus gewandter

Kammerdiener,

der sich sowohl über tüchtige Leistungen als auch über Moralität mit besonders guten Zeugnissen auszuweisen im Stande ist, findet zu demnächstigem Eintritt eine sehr gute Stelle bei einer Familie höheren Standes in der Schweiz. Schriftliche frankirte Offerten unter Chiffre A. N. 413 befördert die **Annoncen-Expedition von Haasenstein & Vogler** zu **Basel.**

Heilmittel

gegen stets blutendes Zahnfleisch, rheumatische Zahnschmerzen und Zahnsteinbildung.

Nicht nur die Autorität der Wissenschaft, sondern auch die Erfahrungen jedes Einzelnen bekunden, dass die tägliche Reinigung des Mundes und der Zähne zur Erhaltung der Gesundheit derselben höchst nothwendig ist, und ebensowohl ihren Krankheiten als auch allen gastrischen und nervösen Leiden vorbeugt. Als diesem Zweck entsprechendes sicherstes Mittel ist allgemein anerkannt das Anatherin-Mundwasser des praktischen Zahnarztes J. G. Popp in Wien, Stadt, Bognergasse Nr. 2. *) Unübertrefflich in seinen Wirkungen gegen rheumatische und gichtische Zahnleiden, gegen leicht blutendes, schwammiges und entzündetes Zahnfleisch, Auflockerung und Schwinden desselben, besonders im vorgerückten Alter, gegen Scorbut und Caries, benimmt es den durch künstliche oder hohle Zähne, oder durch Tabakrauchen erzeugten üblen Geruch, und ertheilt dem Munde eine angenehme Frische, sowie einen reinen Geschmack. Unzählige Atteste bestätigen diese erfolgreichen Wirkungen. Unter anderen auch Folgendes:

„Vielfache Heilmittel waren nicht im Stande, mein stets blutendes Zahnfleisch, rheumatische Zahnschmerzen u. stete Zahnsteinbildung zu heilen, bis ich das angerühmte Anatherin-Mundwasser versuchte, welches nicht nur obige Uebel beseitigte, sondern meine Zähne gleichsam neu belebte und den Tabaksgeruch beseitigte. Verdientermassen ertheile ich hiermit öffentlich diesem Wasser das gebührende Lob und dem Zahnarzt Popp in Wien den wärmsten Dank.

Wien.

Freiherr v. Blumau, m. p.“

*) Zu haben in **Karlsruhe: F. Wolff und Sohn** (Langestraße Nr. 104), **Th. Brugier** (Kronenstraße Nr. 19); in **Baden-Baden: J. Bihlarz**, Großh. Hofapotheker; in **Lörrach: J. L. Kalame**; in **Mannheim: Frz. A. Bauer.** Z.s.790.

Pferde-Verkauf.

Ein englisches Vollblut-Pferd, Wallach, Braun, vorzüglich geritten, geht auch zum Fahren, ist zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes. Z.t.424.

MÉDAILLE DE LA SOCIÉTÉ DES SCIENCES INDUSTRIELLES DE PARIS.

Keine grauen Haare mehr!

Melanogène

von **Dicquemare** aîné in **Rouen.**

Fabrik in Rouen, rue St.-Nicolas, 39.

Um augenblicklich Haar und Bart in allen Nüancen, ohne Gefahr für die Haut, zu färben. — Dieses Färbemittel ist das beste aller bisher dagewesenen.

Gen.-Depot bei **Fr. Wolff & Sohn,** Hoflieferanten in **Karlsruhe.** Z.t.77.

Convertirung der K. K. Oestreichischen Staatsschuld.

Z.t.371.

Gesetz vom 20. Juni 1868. Reichsgesetzblatt Nr. 66.

Von einem hohen K. K. Reichsfinanzministerium beauftragt, die Conversion kostenfrei zu vermitteln, bringen wir hiemit zur öffentlichen Kenntniß, daß die zur Umwandlung berufenen Obligationen zu diesem Behufe bei uns eingereicht werden können.

Mannheim, 16. Januar 1869.

W. H. Ladenburg & Söhne.

Z.t.730.

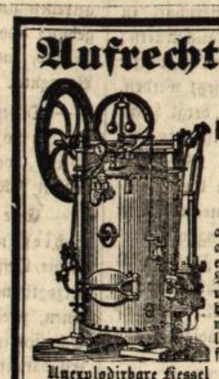
Aufrechtstehende Dampfmaschinen

Die einzigen mit isolirtem Sockel (breveté s. g. d. g.)

HERMANN-LACHAPELLE ET CH. GLOVER

Mechaniker und Maschinenbauer,

Paris, 144, Faubourg Poissonnière, Paris.



Tragbar, feststehend und lokomobil; von 1—20 Pferdekraft. **Höchste Preise** auf allen Ausstellungen, sowie auf der **Weltausstellung von 1867. Billiger** als alle andern Systeme. **Keine Aufstellungskosten**; keine **besondere Feuereisen.** Der Platz eines gewöhnlichen Ofens ist hinreichend für **die geringen** Pferdekräfte. Sie werden aufgestellt geliefert, brennen alle Art **Brennmaterial** und nützen die ganze Wärme aus; können von Jedermann dirigirt und **unterhalten** werden. Sind mit einem **Vorwärmer für das Speisewasser,** mit einem **Regulator** und, über zwei Pferdekraft hinaus, mit **veränderlichem Dampfdruck** versehen. Die Regelmäßigkeit ihres Ganges **macht sie** für alle industriellen und agronomischen Unternehmungen anwendbar.

Unexplodirbare Kessel
Schnelle Druckerzeugung
Leichte Reinigung.

Unbedingte Sicherheit — Bedeutende Ersparniß — Garantie.

Detaillirte Prospektus in deutscher Sprache franco.

Die Herren G. Müller & Cons. in Karlsruhe und in Baden-Baden

Z.t.125.

sind von uns beauftragt, von unseren hypothekarisch gesicherten 5% Pfandbriefen, deren Verzinsung in effektivem Silber ohne Abzug stattfindet, und welche durch Verloosungen am 1. Februar und 1. August jeden Jahres al pari heimbezahlt werden, zum Cours von **91** % zu verkaufen.

Wien, den 1. Oktober 1868.

Kais. Königl. Privil. allgemeine österreichische Boden-Credit-Anstalt.

Anzeige und Empfehlung.

Die Unterzeichnete macht hiermit die ergebenste Anzeige, daß sie das Geschäft ihres seeligen Mannes mit ihrem ältesten Sohne unter der bisherigen Firma: **August Mayerle,** in seiner ganzen Ausdehnung unverändert fortbetreiben wird, und bittet, das seit Jahren dem Geschäfte in so großem Maße erwiesene Vertrauen demselben gütigst erhalten zu wollen.

Karlsruhe, den 16. Januar 1869.

Z.t.348. **August Mayerle** Hofblechners **Wwe.**

Die seit 22 Jahren bestehende, renommirte

Delicatessen- und Seefisch-Handlung

von **Friedrich Meyer**

Wismar (Mecklenburg-Schwerin)

hält ihre Artikel, als: **Dorsch, Aal, russ. Sardinen, Anchovis, Fetthäring, Bücklinge, Sprotten, Caviar, Federwild** ꝛc. ꝛc., zu den billigsten Preisen und unter Zusicherung der reellsten und sorgfältigsten Bedienung zur gef. Abnahme bestens empfohlen. Z.t.193.

Z.t.393. Baden-Baden.

Rosenstämmchen.

Einige Tausend wilde hochstämmige, 4 bis 5 Fuß hohe, schön bewurzelte **Rosenstämmchen** werden zu kaufen gesucht.

Näheres bei **Vogel-Hartweg** in **Baden-Baden.**

Kapitalgesuch.

Z.t.422. Zu höherem Zinsfuß wird ein Kapital von **6- bis 10,000** gegen liegenschaftliches, gut rentirendes Unterpfand aufzunehmen gesucht, gute Referenzen. Gef. Anfragen unter M. Nr. 300 befördert die Expedition dieses Blattes.

Postgehilfenstelle-Gesuch.

Z.t.427. Ein junger Mann, der im Telegraphen- und Postdienst bewandert ist, mit guten Zeugnissen versehen, sucht zu baldigem Eintritt eine passende Stelle. Adresse nennt die Expedition dieses Blattes.

Z.t.429. Nr. 15. Bauerbach (Amts Bretten).

Stammholz-Versteigerung.

Montag den 25. d. M., Vormittags 11 Uhr, werden im hiesigen Gemeindewald 29 Stämme Eichen, worunter sich zu Holländer-, Bau- und Nutzholz eignen, gegen Baarzahlung öffentlich versteigert.

Die Zusammenkunft ist an der Straße von Bauerbach nach Bretten.

Bauerbach, den 18. Januar 1869.

Bürgermeisteramt.

Weber.

vdt. Müller.

Z.t.41. Laibach, Oberamts Künzelsau.

Gutsverpachtung.

Das Freiherrlich v. Racknitz'sche Rittergut, auf der Markung Laibach gelegen, bestehend in

7	Morgen	Gemüse-, Gras- und Baumgärten,
230	„	Aecker,
25	„	Wiesen,
20	„	Oeden und Waiden,

zusammen 282 Morgen, mit den erforderlichen Wohn- und Oekonomiegebäuden, auch dem Schafweiderecht und der Pferchnutzung auf der ganzen Markung Laibach wird am

Donnerstag den 4. Februar d. J.,
Nachmittags 1 Uhr,

auf die 12 Jahre, Lichtmeß 1870/82, im öffentlichen Aufstreich auf dem Rathhause in Laibach zur Verpachtung gebracht.

Das Gutserzeugniß ist leicht zu verwerthen, und wird bemerkt, daß die in Bälde zur Eröffnung kommende Eisenbahn-Station Mergentheim nur 2 Stunden vom Gut entfernt liegt.

Die Pachtbedingungen können jetzt schon bei dem Gutsherrn Freiherrn v. Racknitz auf Schloß Laibach eingesehen werden, welcher auch wegen Besichtigung des Gutes die nöthigen Anweisungen ertheilen wird.

Pachtliebhaber, mit glaubhaften Zeugnissen über Vermögen, Prädikat und Fähigkeiten im Betrieb der Landwirthschaft versehen, sind nun zu dieser Gutsverpachtung freundlich eingeladen.

Den 5. Januar 1869.

Freiherr v. Racknitz.

Vermischte Bekanntmachungen.

Z.t.403. Karlsruhe.

Schwellenlieferung für Großh. bad. Eisenbahn.

Die zur Bahnunterhaltung für das Jahr 1869 benöthigten Schwellenhölzer sollen höherem Auftrag gemäß an die nachbenannten Kyanisiranstalten im Soumissionswege in Lieferung vergeben werden, u. z.:

A. Auf die Kyanisiranstalt Freiburg:
- 3000 Stück eichene Stoßschwellen, 8' lang, 5½" auf 11" stark,
- 500 Stück eichene Langschwellen, 10' lang, 5½" auf 11" stark,
- 200 Stück eichene Langschwellen, 11' lang, 5½" auf 11" stark,
- 200 Stück eichene Langschwellen, 12' lang, 5½" auf 11" stark,
- 6000 Stück tannene Zwischenschwellen, 8' lang, 5" auf 8" stark.

B. Auf die Kyanisiranstalt Offenburg:
- 2000 Stück eichene Stoßschwellen, 8' lang, 5½" auf 11" stark,
- 250 Stück eichene Langschwellen, 13' lang, 5½" auf 11" stark,
- 250 Stück eichene Langschwellen, 14' lang, 5½" auf 11" stark,
- 600 Stück eichene Langschwellen, 15' lang, 5½" auf 11" stark,
- 30,000 Stück tannene Zwischenschwellen, 8' lang, 5" auf 8" stark,
- 30 Stück tannene Langschwellen, 20' lang, 6" auf 10" stark.

C. Auf die Kyanisiranstalt Durlach:
- 3000 Stück eichene Stoßschwellen, 8' lang, 5½" auf 11" stark,
- 150 Stück eichene Querschwellen, 9' lang, 5" auf 8" stark,
- 400 Stück eichene Querschwellen, 10' lang, 5" auf 8" stark,
- 250 Stück eichene Querschwellen, 11' lang, 5" auf 8" stark,
- 500 Stück eichene Querschwellen, 12' lang, 5" auf 8" stark,
- 7000 Stück tannene Zwischenschwellen, 8' lang, 5" auf 8" stark.

D. Auf die Kyanisiranstalt Langenbrücken:
- 2000 Stück eichene Stoßschwellen, 8' lang, 5½" auf 11" stark,
- 300 Stück eichene Querschwellen, 13' lang, 5" auf 8" stark,
- 250 Stück eichene Querschwellen, 14' lang, 5" auf 8" stark,
- 150 Stück eichene Querschwellen, 15' lang, 5" auf 8" stark.

Die Ablieferung dieser Schwellen hat zur Hälfte auf den 31. Mai und zur Hälfte auf den 31. Juli d. J. frei auf die benannten Anstalten zu geschehen.

Bezüglich der Beschaffenheit wird bemerkt, daß die übliche Abkantung von einem beziehungsweise zwei Zollen nur bei den Stoß- und Zwischenschwellen, nicht aber bei den Quer- und Langschwellen zulässig ist, und daß die Lieferung von tannenen, halbrunden Zwischenschwellen ganz ausgeschlossen bleibt.

Lieferungsangebote hierauf sind bei der unterzeichneten Stelle bis zum 30. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, einzureichen, woselbst um diese Zeit in Gegenwart der allenfalls persönlich erscheinenden Offerenten die eingekommenen Angebote eröffnet werden. Die Angebote müssen den Preis per Stück jeder Schwellsorte in Zahlen und Worten ausgedrückt enthalten, den Ablieferungsort genau bezeichnen und mit der Ueberschrift „Schwellenlieferung“ versehen sein.

Angebote, welche diesen Anforderungen nicht entsprechen, oder solche, welche verspätet eintreffen, laufen Gefahr, nicht berücksichtigt zu werden.

Die Lieferungsbedingungen können auf diesseitigem Bureau eingesehen und erhoben werden.

Karlsruhe, den 18. Januar 1869.

Großh. Verwaltung der Eisenbahn-Magazine.

Meißlinger.

Z.t.417. Karlsruhe.

Versteigerung.

Das Feld-Artillerieregiment läßt am Freitag den 22. Januar 1869, Vormittags 10 Uhr, in Gottesaue

13 Ballen alte Monturen mit je 50 Pfd.,
28½ Pfd. alte Messingknöpfe und
100 Paar alte lederne Handschuhe

öffentlich versteigern.

Karlsruhe, den 17. Januar 1869.

Z.t.382. Nr. 593. Heidelberg.

Lieferung von Brückenhölzern.

Der Bedarf an

1) eichenen Schwellen,
2) forlenen oder tannenen Gedeckflöcklingen,

für die eisernen Brückenkonstruktionen des zweiten Geleises von Heidelberg nach Meckesheim wird in Akkord gegeben werden.

Hierauf bezügliche schriftliche und portofreie Offerten sind mit der Aufschrift

Brückenholz-Lieferung

zu versehen und längstens zum Soumissionstermin

Montag den 8. Februar d. J.,
Vormittags 10 Uhr,

bei unterzeichneter Stelle einzureichen, und können sowohl für den Bedarf der Brücken auf der Strecke

Heidelberg—Neckargemünd:
186 C.' eichene Schwellen,
2184 □' forlene oder tannene Gedeckflöcklinge,

Neckargemünd—Meckesheim:
493 C.' eichene Schwellen,
4121 □' forlene oder tannene Gedeckflöcklinge,

als für den Gesammtbedarf
679 C.' eichene Schwellen,
6305 □' forlene oder tannene Gedeckflöcklinge

gegeben werden.

Die Anerbietungen sind hiernach

a) pr. C.' eichene Schwellen,
b) pr. □' forlene oder tannene zweizöllige Gedeckflöcklinge

für Material, Arbeit mit oder ohne Befestigung derselben einschließlich der kostenfreien Lieferung entweder Bahnhof Heidelberg oder einer zu bezeichnenden Station des diesseitigen Bezirks zu stellen.

Die Bedingungen sind auf dem technischen Bureau dahier zur Einsicht aufgelegt.

Heidelberg, den 16. Januar 1869.

Großh. Eisenbahnamt.

Vorstand: Sachs. Bezirks-Ingenieur: Joft.

Z.t.407. St. Leon. (Holzversteigerung.) Wir versteigern aus der Domänenwaldabtheilung Bocksbart mit Zahlungsfrist bis 1. Oktober d. J.

Samstag den 23. d. M.:

261 Kl. buchenes, 9½ Kl. eichenes Scheitholz; 48 Kl. buchenes, 15 Kl. gemischtes Prügelholz; 78 Kl. Laubholz, Stockholz, 5250 buchene und gemischte Wellen.

Zusammenkunft Morgens 9 Uhr im Lamm in Kirrlach.

St. Leon, den 14. Januar 1869.

Großh. bad. Bezirksforstei.

Hamm.

(Mit einer Beilage.)

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.